

Im Garten der Macht

Zwei Buch-Neuerscheinungen von Joseph Dehler

■ **Fulda/Berlin.** Mit gleich zwei neuen Büchern betritt **Joseph Dehler (Foto)** eine neue Bühne – die der Politsatire. Nach über 30-jähriger strategischer Arbeit im politischen Geschäft, vorwiegend auf Landes- und Bundesebene und über zwanzig Sachbüchern zur Innovations-, Regional- und Sozialpolitik will er auf diese Weise, wie er sich gegenüber Fulda-Aktuell äußerte, eine härtere Gangart gegenüber Politikern fahren, die sich selbst und den Wahlprognosen näher sind als der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Große Sorgen macht sich Dehler dabei über die ständig größer werdende Politikverdrossen-



heit der Menschen, durch die er die politische Demokratie in Gefahr sieht.

Fulda Aktuell: Herr Dehler, Jahrzehnte lang haben Sie mit zukunftsorientierten Strategien und Konzepten versucht, auf Politik und Verwaltung Einfluss zu nehmen. Wir kennen Sie in der Region u.a. als Rektor der Hochschule, Vorstandsvorsitzender des Regionalwissenschaftszentrums, Vorstandsmitglied des Vereins für Natur- und Lebensraum Rhön und nicht zuletzt als parteiübergreifender Oberbürgermeisterkandidat 1998 in Fulda. Sie sind Autor zahlreicher Sach- und Fachbücher und hatten leitende Funktio-

nen in Landes- und Bundesregierungen inne. Weshalb haben Sie sich jetzt der Politsatire verschrieben?

Dehler: Dahinter steht die bittere Erkenntnis, dass es in der Politik immer weniger auf zukunftsfähige Konzepte und Überzeugungen ankommt, sondern mehr auf die Fähigkeit, sich durch andauernde Umfrageergebnisse zu laviieren. Paradox ist dabei, dass wir noch nie ein solches Desinteresse an demokratischer Politik hatten und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger über Umfragen so viel Einfluss auf die Politik haben. Trotz dem großen Engagement zahlreicher Politiker, fehlt es insgesamt am Willen und an der Leidenschaft, sachbezogenen Entscheidungen zur Durchsetzung zu verhelfen. Stattdessen stoßen wir auf andauernd kurzatmiges, parteipolitisches Taktieren, auf Polemik, Geltungsgelüste, Status- und Konkurrenzgehebe, fehlende Offenheit und Klarheit sowie auf ein unsägliches Verbandeln zwischen Politikern, Parteien, Verwaltung, Lobbyisten und Medien.

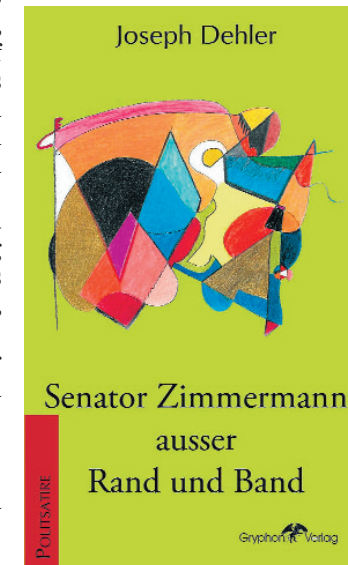
Fulda Aktuell: Heißt das, dass Sie gegen repräsentative Machtstrukturen sind?

Dehler: Im Gegenteil. Ich kritisiere, dass unsere gewählten Entscheidungsträger ihre Macht viel zu wenig zu Wohle der Gesellschaft nutzen. Mir scheint, dass sie sich aus besagtem Grund häufig selbst im Wege stehen und ihre verantwortungsvolle Aufgabe nicht konsequent wahrnehmen. So muss man sich doch fragen, was seit der Studie des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ 1972, gemessen an den dringlich zu lösenden existentiellen Problemen in Umwelt, Nahrungsmittelversorgung, Bevölkerungs- und industrieller Entwicklung wirklich geschehen ist. Das Update von 2004 sagt aus, dass, wenn wir so weiterwirtschaften spätestens 2030 der globale Kollaps zu erwarten ist.

Fulda Aktuell: Wo liegen dabei konkret die Probleme?

Dehler: Was die Politiker selbst anbelangt, fehlt es ihnen allzu häufig an Lebenserfahrungen, die denen der Masse der Menschen im Lande entsprechen. Sie haben oft nicht die Sensibilität für zukunftsorientierte Fragen. Ihnen ist das Hemd näher als die Hose. Die meisten von ihnen sind nichts als parteigedient und -geprägt. Sie sind zu angepasst, haben

zu wenig Visionen, Überzeugungskraft und Kampfgeist. Gleichzeitig ist in diesen Zeiten nichts wichtiger als Haltung, Haltung und nochmals Haltung gegenüber den dringlich zu lösenden Problemen. Wenn Politiker erst einmal fest im Sattel sitzen, nimmt häufig



der Realitätsinn ab. Der persönliche Machterhalt steht im Vordergrund. Wir brauchen Abgeordnete und Amtsträger auf Zeit, damit die Trägheit vieler ein Ende hat.

Fulda Aktuell: Nennen Sie uns bitte zehn Forderungen an Politik und Verwaltung.

Dehler: 1. Abschied nehmen von Selbstherrlichkeit und Profilierungssucht sowie konsequente Wahrnehmung der Mandate mit Blick auf eine generationenverträgliche Politik. 2. Den zu lösenden Problemen ohne Rücksicht auf persönlichen Amts- und Mandatsverlust in die Augen schauen. 3. Jährliche Rechenschaftspflicht aller Abgeordneten und Amtsträger gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf öffentlichen Veranstaltungen. 4. Zusammenführung aller demokratischen Wahlen innerhalb eines Wahl Jahres, um zu mehr langfristigeren Entscheidungen zu kommen. 5. Zehn Prozent aller Parlamentssitze an Ombudsleute vergeben, die ausschließlich die Interessen der künftigen Generationen vertreten. 6. Offensive parteiübergreifende Zusammenarbeit in wichtigen politischen Fragen. 7. Abbau der Zuständigkeitskultur in der Verwaltung. 8. Förderung von mehr Engagement in der Sache bei weniger Selbstbeschäftigung. 9. Aufbau problem- und lösungsbezogener, hierarchiearmer Verwaltungsstrukturen sowie Einsparung von Mitteln durch bessere Koordination von technischen und personellen Ressourcen. 10. Fortbildungspflicht für Mandats- und Amts-Träger.



